

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

156. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 19. November 1969

Tagesordnung

Neuerliche Abänderung des Umsatzsteuergesetzes 1959

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 13385)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1432 d. B.): Neuerliche Abänderung des Umsatzsteuergesetzes 1959 (1443 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Bassetti (S. 13385)

Redner: Skritek (S. 13386), Machunzö (S. 13391) und Peter (S. 13392)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 13393)

Beginn der Sitzung: 20 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. Maleta.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst beantrage ich im Einvernehmen mit den Parteien, von der 24stündigen Auflagefrist des Ausschlußberichtes zum heutigen Tagesordnungspunkt gemäß § 43 Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz Abstand zu nehmen.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Hauser, Lanc und Ulbrich.

Vielleicht — ich unterbreche auf 5 Minuten — bitten die Herren Ordner die Abgeordneten herein.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 20 Uhr 2 Minuten unterbrochen und um 20 Uhr 4 Minuten wieder aufgenommen.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zunächst beantrage ich im Einvernehmen mit den Parteien, von der 24stündigen Auflagefrist des Ausschlußberichtes zum heutigen Tagesordnungspunkt gemäß § 43 Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz Abstand zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1432 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1959 neuerlich abgeändert wird (1443 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt: Neuerliche Abänderung des Umsatzsteuergesetzes 1959.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Bassetti. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Dr. Bassetti: Hohes Haus! Die Bundesregierung hat in der heutigen 154. Sitzung den genannten Gesetzentwurf im Nationalrat eingebracht und diesen mit konjunktur- und preispolitischen Notwendigkeiten begründet.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Regierungsvorlage unmittelbar nach Beendigung der 154. Sitzung des Nationalrates der Vorberatung unterzogen. An der Ausschlußsitzung nahm auch der Bundesminister für Finanzen Dr. Koren teil.

Von den Abgeordneten Dr. Mussil, Sandmeier, Dr. Haider und Genossen sowie den Abgeordneten Dr. Haider, Dr. Mussil, Grundemann-Falkenberg, Sandmeier und Genossen wurden Abänderungsanträge zur Regierungsvorlage eingebracht. An der Debatte im Ausschuß beteiligten sich zunächst die Abgeordneten Dr. Mussil, Dr. Haider, DDr. Pittermann und Peter. Sodann wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung brachten die Abgeordneten Peter, Konir und Skritek Anträge ein; weiters sprachen die Abgeordneten Dr. Androsch, Dr. Staribacher, Wielandner und Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, worauf die Sitzung abermals unterbrochen wurde.

In der fortgesetzten Sitzung zog sodann Abgeordneter Dr. Mussil den ersteingebrachten Antrag zurück. Der Antrag des Abgeordneten Konir wurde durch einen gemeinsamen Antrag der Abgeordneten Dr. Hertha Firnberg, Dr. Mussil und Peter ersetzt. In der Debatte sprachen außer den bereits erwähnten Abgeordneten noch Abgeordneter Ing. Kunst und Bundesminister Dr. Koren.

Dr. Bassetti

Der Gesetzentwurf wurde schließlich unter Berücksichtigung der Anträge der Abgeordneten Dr. Hertha Firnberg, Dr. Mussil und Peter sowie der Abgeordneten Dr. Haider, Dr. Mussil, Grundemann-Falkenberg und Sandmeier mit Stimmeneinhelligkeit angenommen. Die erwähnten Anträge der Abgeordneten Peter und Skritek fanden nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt daher der Finanz- und Budgetausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf mit den dem Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. — Einwand wird nicht erhoben.

Wir gehen somit in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Skritek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Skritek (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zur Behandlung steht eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz. An und für sich würde diese Novelle ihrem Inhalt nach als nicht sehr bedeutend erscheinen. Ich glaube aber doch, daß es trotz der schon vorgerückten Stunde notwendig ist, zu dieser Novelle einiges zu sagen beziehungsweise sie in Diskussion zu nehmen, weil sie bisher die einzige Gelegenheit ist, zu einem wichtigen Ereignis, nämlich der Stellungnahme der Bundesregierung zur D-Mark-Aufwertung, hier ein paar Worte zu sagen.

Am 24. Oktober in den späten Nachmittagsstunden hat die Bundesregierung den Obmännern der Parteien und den Interessenvertretungen die Mitteilung gemacht, daß sie sich entschlossen hat, nach der D-Mark-Aufwertung keine Schilling-Aufwertung vorzunehmen. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß ein Schutz der Exportindustrien und des Fremdenverkehrs dies notwendig mache, um diesen beiden großen Wirtschaftsgruppen keine Nachteile zu bringen.

Von den Dienstnehmerv Vertretern wurde bei dieser Gelegenheit sofort darauf hingewiesen, daß dieser Haltung, den Schilling nicht aufzuwerten, zwar Verständnis im Interesse dieser beiden Wirtschaftsgruppen entgegengebracht werde, daß aber dadurch auch die Importe aus der Bundesrepublik — und unsere Importe sind sehr namhaft — eine

wesentliche Verteuerung erfahren und eine ganz große Gefahr für das österreichische Preisgefüge entstehe, und sie forderten mit aller Entschiedenheit von der Bundesregierung Maßnahmen, diese Preisauftriebstendenzen, diesen importierten Preisauftrieb zu dämpfen, zu stoppen, um ihn nicht zur Auswirkung kommen zu lassen. Sie erklärten mit aller Deutlichkeit, daß die Maßnahmen und deren Wirkung die weitere Haltung der Dienstnehmerinteressenvertretungen gegenüber dieser Entscheidung der Bundesregierung bestimmen werden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! An diese Besprechung schlossen sich Sitzungen der Paritätischen Kommission an. Der Arbeiterkammertag und der Österreichische Gewerkschaftsbund haben sofort eine Reihe von sehr wichtigen, wesentlichen Maßnahmen vorgeschlagen. Ich verweise auf die Ausdehnung der Nettopreisverordnung, auf gezielte Zollsenkungen und auf Liberalisierungsmaßnahmen, um billigere Importe nach Österreich zu bringen. Es war doch eine besondere Gefahr darin gelegen, daß diese D-Mark-Aufwertung in einem Zeitpunkt kam, der nahe vor den Weihnachtsfeiertagen lag, und daß zu den üblichen Preisauftriebstendenzen in der Weihnachtszeit noch diese importierten Preisauftriebe dazuzukommen drohten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir können heute feststellen, daß dank dieser Initiative der Dienstnehmerinteressenvertretungen, über Drängen dieser Organisationen und durch ihre entscheidende Mitwirkung inzwischen eine Reihe von Maßnahmen gesetzt wurde. Es war nicht sofort klar und leicht, daß solche Maßnahmen die Zustimmung aller finden. Es gab längere Auseinandersetzungen über die einzelnen Positionen, sei es bei Zollsenkungen oder auch bei dem heute vorliegenden Gesetz. Die Änderung des Umsatzsteuergesetzes ist nämlich die einzige Maßnahme, die einer gesetzlichen Regelung bedarf.

Wir ändern heute das Umsatzsteuergesetz in einigen wesentlichen Positionen — und zwar senken wir die Importabgabe —, von denen wir annehmen und glauben, daß die in Frage kommenden Artikel sehr wesentlich und stimulierend für das Preisgefüge in Österreich sind. Es handelt sich um PKW, an denen wir ja einen großen Import aus der Bundesrepublik haben, und es geht um Seifen und Waschmittel. Bei beiden wird die Importabgabe um zirka $2\frac{1}{4}$ bis $2\frac{1}{2}$ Prozent gesenkt. Es wird die Importabgabe bei Büchern sehr wesentlich verringert, überhaupt gestrichen. Hier ist die Senkung sehr groß.

Skritik

Wir haben in der Ausschlußberatung heute einige Anträge gestellt. Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß ein Antrag die Zustimmung auch der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen gefunden hat und also einstimmig angenommen worden ist: die Senkung der Umsatzsteuer für Bücher. Ich darf darauf hinweisen, daß es sich dabei um eine alte Forderung der Sozialisten handelt, die im Hohen Hause wiederholt vertreten wurde. Ich erinnere an die letzte Umsatzsteuererhöhung, wo es gerade unsere Kollegin Frau Abgeordnete Dr. Firnberg war, die mit großem Nachdruck die Umsatzsteuerbefreiung der Bücher vertreten hat — leider ohne irgendwie Gehör zu finden. Es ist erfreulich, daß im Zusammenhang mit der Streichung der Importabgabe nun auch die Umsatzsteuerbelastung der österreichischen Buchproduktion wenn schon nicht ganz aufgehoben, so doch wesentlich auf 1,7 Prozent reduziert werden konnte. Damit wird auch den Bedenken der verschiedenen Gewerbe, die mit der Bücherherstellung beschäftigt sind, Rechnung getragen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei all den Diskussionen ging es um zwei Fragen: erstens um den Katalog der Maßnahmen, zweitens um die wichtige Frage, welche Garantien wir, wenn wir jetzt Zollermäßigungen, Steuersenkungen vornehmen und eine Reihe einschlägiger Maßnahmen durchführen, haben, daß diese Zollsensungen, Steuersenkungen, die gewährt werden, im Endeffekt tatsächlich auch dem Konsumenten zugute kommen, das heißt, daß sie tatsächlich auch die Wirkung auf das Preisniveau haben, die wir erwarten, nämlich eine stabilisierende Wirkung.

Dazu wurde eine Maßnahme ergriffen, und zwar wurde eine Sonderkommission der Paritätischen Kommission eingesetzt, die sich vor allem mit der Kontrolle dieser Maßnahmen beschäftigen soll und beschäftigt. Wie die Ergebnisse dieser Kommission sein werden, können wir heute nicht sagen. Allerdings denke ich an die Begleitmusik, die in verschiedenen Presseorganen, vor allem in jenen, die den Dienstgebern nahestehen, zu hören ist. Sie lächeln, Herr Dr. Mussil. Sie haben selbst erklärt, daß „Die Presse“ ein Organ ist, das von der Bundeswirtschaftskammer namhaft gefördert wird. (Abg. Dr. Mussil: Das habe ich nicht erklärt, Herr Kollege!) Bitte sehr, es stand zumindest in der „Presse“. Ich weiß nicht, ob Sie es heute zurücknehmen wollen. (Abg. Dr. Mussil: Nein ...!) Dann bleibt es ja doch. Dann ist es eine indirekte Erklärung und keine direkte. Dann stelle ich nur fest, daß Sie es indirekt be-

stätigen. (Abg. Dr. Pittermann: Das stimmt, er hat gesagt: Vom Wirtschaftsbund! — Abg. Dr. Mussil: So wie Sie es gesagt haben, habe ich es nie erklärt! — Abg. Dr. Pittermann: Das stimmt!) Also vom Wirtschaftsbund. Dort also kein Abstreiten mehr. Ich korrigierte das, bitte: das vom Wirtschaftsbund gefördert wird.

Ich darf sagen: Die Begleitmusik, die wir aus diesem Organ besonders heute herauslesen können, ist für das Funktionieren dieser Kommission, die die Kontrollen durchzuführen hat, nicht sehr ermutigend, denn die Maßnahmen der Bundesregierung werden zum zweiten Mal — ich komme dann noch darauf zurück — als „Indexkosmetik“ abgetan, und vor allem wird natürlich der schärfste Protest erhoben, daß sich Dienstnehmervertreter dort erkühnt haben, in dieser Kommission Unterlagen für die Preiskalkulation vorzulegen. Was für einen Sinn soll denn eine Kontrollkommission haben, wenn ihr keine Unterlagen vorgelegt werden? Dann hätte sie nur den Sinn, zur Kenntnis zu nehmen, wenn von einem Dienstgeber eine Preiserhöhung vorgenommen wird. Irgendeine Begründung wird er sicherlich dort vorlegen, und die hätte sie dann einfach zu apportieren und sie hätte ihren Sanktus dazuzugeben.

Abgesehen von der Möglichkeit des Funktionierens dieser Sonderkommission kommt noch eine weitere Frage hinzu, und über die möchte ich im besonderen ein paar Worte sagen. Was geschieht nämlich, wenn diese Kommission feststellt, daß Preiserhöhungen vorgenommen wurden, die unberechtigt sind? Was geschieht dann? Diesbezüglich haben wir bisher auch einige Erfahrungen in der Paritätischen Kommission sammeln können. Praktisch stehen dieser Kommission keinerlei Maßnahmemöglichkeiten zur Verfügung. Sie kann das höchstens feststellen, aber das haben wir mit Preiserhöhungen schon einige Male gehabt, Herr Dr. Mussil, wo Sie in der Paritätischen Kommission zum Schluß erklären mußten — nachdem Sie zuerst gesagt haben: Wir werden etwas tun! —: Wir können nichts tun, es geht eben nicht, die Preiserhöhungen haben sich schon eingelebt, die kann man einfach nicht mehr rückgängig machen! (Abg. Dr. Mussil: Wer soll das gesagt haben?) Ein gewisser Herr Dr. Mussil (Heiterkeit), wenn Sie es genau wissen wollen (Ruf bei der SPÖ: Der ist unbekannt!), wenn Sie den kennen sollten. (Ruf bei der ÖVP: Mussils gibt es viele! — Abg. Pay: Es genügt der eine!) Vielleicht ein hier im Hause Sitzender; dann ist das schon ein bisschen konkreter. Sie wissen ganz genau, Herr Dr. Mussil, wie diese Funktion der Paritätischen Kommission ist, und es würde der

Skritek

Sonderkommission auch so ergehen, daß sie natürlich zwar ungerechtfertigte Preiserhöhungen feststellen könnte, aber keinerlei Möglichkeiten für Konsequenzen hätte.

Damit komme ich zu einer schon seit Jahren in Diskussion stehenden sehr wichtigen Frage. Wir haben zwei Gesetze, die eigentlich dazu gedacht sind, solche Preisüberschreitungen zu ahnden beziehungsweise ihnen Einhalt zu gebieten: Preistreibereigesetz und Preisregelungsgesetz. Wir wissen, daß beide Gesetze Mängel haben: das Preistreibereigesetz mit der berühmten Formulierung der ortsüblichen Preise und das Preisregelungsgesetz, wobei der Minister eigentlich keine Handhabe hat, über die bisher preisregulierten Waren hinaus irgendeine Verfügung zu treffen. Es ist zwar in dem Gesetz eine Bestimmung enthalten, der berühmte § 3 a, der damals im Jahre 1957 beschlossen wurde, in dem vorgesehen ist, daß der Herr Innenminister eine entsprechende Verordnung erlassen kann, wenn die vier großen Interessenvertretungen Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Arbeiterkammertag und ÖGB übereinstimmend eine Preiserhöhung feststellen. Es hat sich aber leider herausgestellt, daß diese Übereinstimmung mangels einer Zustimmung der Bundeskammer und auch der Landwirtschaftskammern nicht zu erzielen war. Damit hat der Herr Bundesminister praktisch keine Möglichkeit einzugreifen. Wir haben in den Diskussionen der letzten Wochen immer wieder die Erklärung des Herrn Innenministers gehabt: Dazu fehlen mir die Möglichkeiten, dazu habe ich keine ausreichenden Befugnisse.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auch zu diesen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der D-Mark-Aufwertung, mit den drohenden Preiserhöhungen stehen, liegen leider wieder Erklärungen der Bundeskammer vor, daß sie nicht bereit sei, eine Zustimmung im Falle von ungerechtfertigten Preiserhöhungen zu geben. Es liegt die Erklärung vor, das sei Dirigismus, und jeder Dirigismus wird von der Bundeswirtschaftskammer abgelehnt. In dem Fall schon vom Herrn Dr. Mussil. Ich weiß nur und wundere mich immer: Wenn der Herr Abgeordnete Mussil hier als Vertreter der Bundeskammer spricht, lehnt er jeden Dirigismus ab. Redet er aber als Vertreter seines Wahlkreises, also des Waldviertels, so hat er keine Bedenken, dirigistischen Maßnahmen zuzustimmen, da findet er sie, wenn ich an das Stärkegesetz und ähnliches denke, direkt für zweckmäßig (zu Abg. Dr. Mussil gewendet). Ich habe hier nur von Ihrer Doppelgesichtigkeit, was den Dirigismus betrifft, gesprochen. Als Bundeskammervertreter lehnen Sie den Diri-

gismus ab, wenn Sie aber hier als Abgeordneter des Waldviertels sprechen und wenn es um landwirtschaftliche Belange geht, haben Sie keine Bedenken, dirigistischen Maßnahmen des Parlaments zuzustimmen. (Abg. Dr. Mussil: Das ist kein Dirigismus. Das ist Hilfe für das Waldviertel!) Ja, man kann es auch so nennen. Für die einen ist es Hilfe, für die anderen Dirigismus. Ich könnte auch sagen: In dem einen Fall ist es Hilfe für die Konsumenten, denn das wäre es wirklich, und im anderen Fall wäre es Dirigismus. Aber Sie haben eben ein doppeltes Gesicht in diesem Fall. (Abg. Dr. Mussil: Im Waldviertel würden mich viele kreuzigen, hier aber ist nur eine Gruppe gegen mich!) Herr Dr. Mussil, es würden sich alle Konsumenten freuen, wenn die Bundeskammer hier ihren ablehnenden Standpunkt ändern würde beziehungsweise geändert hätte. Sie würden hier einer viel größeren Zahl von Menschen als den Waldviertler Kartoffelbauern etwas Gutes tun, denn die Zahl der Konsumenten ist sicherlich viel größer als die Zahl der Kartoffelbauern im Waldviertel.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben heute in diesem Sinne im Ausschuß den Antrag eingebracht, den § 3 a des Preisregelungsgesetzes zu ändern. Es ist eine geringfügige Änderung, die wir hier vorgeschlagen haben. Sie soll den Sinn haben, dem Herrn Innenminister und auch — darauf komme ich noch zurück — Vertretungen der ÖVP — ich denke zum Beispiel an den ÖVP-Konsumentenrat, wir haben hier einige Aussendungen — zu helfen, das, was sie selber gefordert haben, auch entsprechend zu verwirklichen. Wir haben erwartet, daß Sie diesem Antrag, der eine Hilfe für den Innenminister wäre und es ihm erleichtern würde, wenn nötig auf diesem Gebiet durchzugreifen, die Zustimmung geben würden.

Leider sind wir sehr enttäuscht worden, denn Sie haben diesem Antrag nicht die Zustimmung gegeben. Ja Sie haben ihn eigentlich gar nicht in Behandlung gezogen, und auch keine entsprechende Begründung von Ihnen war heute zu hören. Was wollte der Antrag? Er sollte einfach nur feststellen, daß, wo bisher vier Interessenvertretungen übereinstimmend einen Antrag an das Innenministerium stellten, jede der vier Interessenvertretungen allein zu einem solchen Antrag berechtigt wäre. (Abg. Doktor Mussil: Sie sind ein Gegner von Übereinstimmungen, wie ich höre!)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht, warum die Bundeskammer eine solche Angst hat. Es heißt doch dann erst: Der Innenminister kann Preisregelungen erlassen, wenn — auch nach unserem Antrag — eine der Interessenvertretungen einen solchen

Skritek

Antrag stellt. Hat denn die Bundeskammer vor dem eigenen Innenminister solche Angst, daß sie hier diesem Antrag nicht zugestimmt hat?

Hohes Haus! Das wundert uns besonders deshalb, weil unmittelbar nach der Erklärung des Bundeskanzlers, den Schilling nicht aufzuwerten, einige Tage später eine Reihe von Erklärungen durch die Presse gingen, von denen man annehmen konnte, da wird jetzt weiß Gott wie scharf durchgegriffen werden. Man hätte geglaubt, das mindeste ist, daß das Preisregelungsgesetz und alle anderen einschlägigen Gesetze entsprechend angewendet würden. Ich erinnere an die Rede des Herrn Vizekanzlers. Ich glaube, sie war vom 29. Oktober. Er hat in dieser Rede darauf hingewiesen: „Sollten sich aber auch andere Motive darunter befunden haben, sollte jemand versuchen, sein parteipolitisches Süppchen auf dem Feuer etwa von Inflationsspekulationen zu kochen, dann werden und müssen wir diesen Ausbrecher entlarven und an den Pranger stellen.“ Das war also ganz scharf. Weiter heißt es: „Sollte sich jedoch in den nächsten Tagen zu wenig Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln zeigen, dann wird die Regierung jene flankierenden Maßnahmen, die in ihren Bereich fallen, allein setzen.“

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Schon im „Volksblatt“, Herr Vizekanzler, in Ihrem eigenen Organ der Regierungspartei, waren einige Passagen dieser Erklärung nicht mehr enthalten. Es war nicht mehr davon die Rede, daß die Bundesregierung Alleinmaßnahmen setzen wird, und von dem An-den-Pranger-Stellen war auch nichts mehr drin.

Im Organ „Die Presse“ vom Wirtschafts-bund, also einem der Bünde der ÖVP, war von dieser Rede überhaupt nichts zu lesen. Sie wurde gar nicht abgedruckt. Aber einen Tag später gab es in diesem Blatt einen Leitartikel, in dem der gegenteilige Standpunkt eingenommen wurde. Es hieß, das komme doch gar nicht in Frage, „im Ton vergriffen“, und ich weiß nicht, welche Belehrungen damals dem Herrn Vizekanzler zuteil wurden. Um es deutlich und offen zu sagen: es war enttäuschend und entlarvend zugleich. Es erweckte den Eindruck der Unkenntnis der wirtschaftlichen Gegebenheiten und der Unsicherheit in bezug auf die Erfolgsaussichten der mit größter Lautstärke angepriesenen Abwehrmaßnahmen. Es ging dann recht kräftig so weiter: „im Ton vergriffen“ und so weiter.

Diese erste Stellungnahme hat uns sehr deutlich gezeigt, daß man von seiten einiger führender Organisationen der Wirtschaft nur sehr ungern bereit war, diesen Maßnahmen überhaupt zuzustimmen, denn sonst wäre eine sol-

che Erklärung, ein solcher Artikel überhaupt nicht möglich gewesen.

Hohes Haus! Ich darf darauf hinweisen, daß auch von anderen Ministern und von anderen Stellen der ÖVP ähnliche Erklärungen damals abgegeben wurden, heute aber will man scheinbar davon nichts mehr wissen. So zum Beispiel der Herr Finanzminister Koren: „die straffere Handhabung der Preisüberwachung und die Anwendung strenger Maßstäbe bei eventuellen Preiserhöhungen von preisgeregelten Waren“. — Der Herr Bundeskanzler hat sich auch in ähnlicher Art geäußert, zum Beispiel: „Es soll auch ein Kontrollsystem ausgearbeitet werden, das sicherstellt, daß die Zollsenkungen an die Letztverbraucher tatsächlich weitergegeben werden.“ — Allerdings soll es nicht funktionieren. — Weiter heißt es: „Bei den Maßnahmen zur Bekämpfung des Preisauftriebes geht es nicht nur um die Bekämpfung jener Preisauftriebstendenzen, die von der D-Mark-Aufwertung ausgehen, sondern auch um jene, die sich als Folge der Konjunkturentwicklung ergeben.“

Auch Ihr Konsumentenrat der Volkspartei hat es ganz deutlich gesagt, und darum haben wir uns besonders gewundert, daß Sie heute nicht zugestimmt haben; er meinte damals am 27. Oktober auch: „Die Bundesregierung muß aus dem ihr zur Verfügung stehenden Instrumentarium geeignete Maßnahmen zur Preisauftriebsbekämpfung wählen. Diese preisstabilisierenden Maßnahmen können zollpolitischer Natur sein, sie können weitere Nettopreisverordnungen sein. Sie können aber nicht zuletzt auch von den Möglichkeiten der amtlichen Preisregelung energisch Gebrauch machen.“

Meine Damen und Herren! Wenn man diese Erklärung des Konsumentenrates der Österreichischen Volkspartei, deren Vertreter der Staatssekretär Bürkle ist, liest, also von einem energischen Gebrauchmachen von der Preisregelung, andererseits aber Ihre Haltung, die Sie heute im Finanzausschuß eingenommen haben, betrachtet, so muß man doch wahrlich einen gewaltigen Unterschied feststellen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es geht nicht allein darum, daß wir Maßnahmen setzen, also einen Kontrollausschuß einsetzen, der dann keinerlei Handhabe hat, bei Feststellung von Preisüberschreitungen irgendwie wirksam einzugreifen, wenn keine Instanz da ist. Denn Sie haben ja erklärt, daß Sie jeden Dirigismus ablehnen. Es ist also nicht zu erwarten, daß hier irgendeine Zustimmung kommt.

Selbst diese bescheidene Änderung, die wir heute vorgeschlagen haben, die wir in unserem Minderheitsbericht dem Hause vorlegen, haben Sie abgelehnt. Sie haben damit neuerlich die

Skritek

Situation belassen, daß wir zwar Maßnahmen treffen, vielleicht sogar kontrollieren können, daß aber die zuständigen Behörden gegen Preisüberschreitungen nichts unternehmen können, außer Erklärungen wie eventuell: Wir werden uns bemühen! und nachher dann die Feststellung: Wir haben uns bemüht, es ist aber dabei nichts herausgekommen.

Ich glaube, daß es sich hier um eine sehr ernste Frage handelt im Zusammenhang mit der D-Mark-Aufwertung und mit der Fixierung des Schilling-Kurses. Es handelt sich um sehr ernste wirtschaftspolitische Fragen in Österreich. Es ist ja ganz klar: Wenn die befürchteten Preisauftriebstendenzen in Österreich zum Durchbruch kommen, dann müssen wir natürlich auch mit verschiedenen Konsequenzen auf anderen Sektoren rechnen.

Ich darf hier neuerlich in Erinnerung rufen, daß die Erklärung der Interessenvertretung sehr eindeutig war. Nicht nur von den Versprechungen der Bundesregierung, von der Setzung eventueller Maßnahmen, sondern von der Wirkung dieser Maßnahmen wird es abhängen, ob dieser Entschluß der Bundesregierung durchgehalten werden kann, ob er tatsächlich die Erfolge und das bringt, was man sich bei seinem Beschluß hier vorgestellt hat. (*Abg. Altenburger: Wenn der Konsumverein einmal mit einem guten Beispiel vorangeht!*)

Lieber Kollege Altenburger, du mußt nur zu den Konsumgroßmärkten gehen, du wirst sehen, wie viele niedrige Preise du dort findest! Schau dir das einmal an, wie viele Preissenkungen du dort hast, und du wirst sicher dort Kunde werden! (*Ruf bei der SPÖ: Vielleicht ist er schon Kunde?*) Nun, dann würde er doch sicher nicht so reden. (*Abg. Mitterer: Bei den Kartoffeln hat es nicht gestimmt!*) Ich kann ihm nur empfehlen, einmal in einen Selbstbedienungsladen der Konsumgenossenschaft zu gehen und dann Preisvergleiche anzustellen. Ich bin überzeugt, er wird dort dauernd Kunde werden. Ich will aber hier keine Werbung machen. (*Abg. Dr. Mussil: Es ist also doch der Konsument entscheidend dafür, wie sich die Preise entwickeln!*)

Herr Abgeordneter Mussil! Sie wissen doch ganz genau, daß es eine Reihe von Artikeln gibt, bei denen der Konsument sehr schwer allein die Entscheidung treffen kann. Ich wollte jetzt gerade auf diesen Punkt zu sprechen kommen. Der Herr Finanzminister Koren und verschiedene Institutionen empfehlen den Konsumenten, preisbewußt einzukaufen. Selbstverständlich, einiges liegt auch am Konsumenten, aber es gibt natürlich eine Reihe von Preisen, die von den Erzeugern,

von den Importeuren bestimmt werden. Da kann sich der Konsument die Füße wundlaufen, er wird keine niedrigeren Preise finden. Denn wenn diese Preisleitartikel im generellen ansteigen, dann werden sie nachgezogen. Man kann dann höchstens wieder ein Geschäft finden, das billiger verkauft als zu den erhöhten Preisen. Im ganzen aber ist das Preisniveau höher, Herr Abgeordneter Dr. Mussil, das wissen Sie ja ganz genau. Wir brauchen doch nur die Zeitungen der letzten Wochen zu lesen, auch solche, die den Sozialisten nicht nahestehen, da werden Sie immer wieder Klagen und Beschwerden finden, daß schon unter dem Motto „D-Mark-Aufwertung“ Preiserhöhungen erfolgten. Der Herr Finanzminister war es selbst, der dafür, wie ich glaube, den Ausdruck des Ausredeeffektes geprägt hat. (*Abg. Dr. Mussil: In einzelnen Fällen!*) Nun ja, Sie geben es ja selbst zu, Sie sagen, in einzelnen Fällen. Aber wenn Sie die Tageszeitungen lesen, Herr Dr. Mussil, dann ist die Liste ziemlich ausgiebig und ziemlich groß. Daher also die Sorge der Konsumenten, daß gerade auf diesem Sektor das nicht eingehalten wird, was hier versprochen wurde.

Die Verbraucher sind in diesem Fall ohne Zweifel die Schwächsten, sind die, die sich am wenigsten wehren können, wenn hier ein allgemeiner Preisanstieg Platz greift. Gute billige Ratschläge allein helfen da nichts. Wir hätten es sehr gerne gesehen und bedauern es wirklich, daß Sie diesem von uns eingebrachten Antrag im Finanzausschuß nicht zugestimmt haben. Wir glauben, daß er wirklich eine Handhabe für den Innenminister wäre, in ersten Fällen rasch einzugreifen. Wir wissen schon, nach Ihrer Erklärung ist eine Übereinstimmung nicht zu erwarten, das heißt, dieser Punkt des Preisregelungsgesetzes ist zwar ein schöner Gesetzesbeschluß, aber in der Praxis ist er unwirksam, er ist eine Deklaration, der keinerlei Wirksamkeit zukommt, weiter gar nichts. Sie verhindern es, diesen Paragraphen wirksam werden zu lassen, obwohl Sie — wie ich hier zitiert habe — damals ganz geharnischt erklärt haben: da muß alles und viel geschehen, Preisregelungen und weiß Gott was alles; aber diesem bescheidenen Antrag haben Sie leider nicht zugestimmt. Wir bedauern das, wir können es nicht ändern, wir haben es in unserem Minderheitsbericht festgehalten, falls einmal später doch diese Frage wieder zur Debatte stehen sollte.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben im gesamten dieser heute vorliegenden Regierungsvorlage im Ausschuß die Zustimmung gegeben, wir werden ihr auch hier im Haus die Zustimmung geben. Ich darf

Skritek

aber nochmals darauf hinweisen: Im Endergebnis wird nicht nur wichtig sein, was hier deklariert wird, sondern welche Wirkungen die Maßnahmen haben werden, ob die in den verschiedenen Maßnahmen gesetzten Möglichkeiten der Preisstabilisierung auch genutzt werden und vor allem ob sie an die Konsumenten, für die sie gedacht waren, auch wirklich weitergegeben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Machunze. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Machunze** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es gibt Naturereignisse, die man wohl ahnen kann, aber man weiß nicht, ob und wann sie eintreten. *(Abg. Peter: Wochenlang haben sie sich abgezeichnet!)* Für jeden österreichischen Politiker war vor dem 28. September 1968 klar, daß hinsichtlich der Währung in unserem Nachbarland etwas zur Diskussion steht. Es waren die beiden großen Parteien in der deutschen Bundesrepublik, die erklärt haben, nach den Wahlen muß über die Frage der D-Mark-Parität eine Entscheidung getroffen werden. Die CDU hatte sich festgelegt, es wird nicht aufgewertet *(Abg. Dr. Pittermann: Ist umgefallen!)*, die SPD hat erklärt, wir werden die D-Mark aufwerten. Wir ahnten also in Österreich, daß etwas auf uns zukommt, aber wir wußten noch nicht, in welcher Form.

Nun trat die D-Mark-Aufwertung ein, und wir haben uns in Österreich in Zusammenarbeit — das möchte ich ausdrücklich feststellen — der Sozialpartner sehr bald zusammengesetzt: Arbeiterkammern, Gewerkschaftsbund, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammern. Die Sozialpartner haben sich also sehr bald zusammengesetzt und überlegt: Wenn nun dieses Naturereignis über uns hereinbricht, welche Maßnahmen können wir setzen, um zunächst einen Damm aufzurichten?

Und nun ist es vielleicht nicht uninteressant: Wie haben denn die anderen europäischen Länder, vor allem, wie haben denn die EFTA-Länder auf die D-Mark-Aufwertung reagiert? Holland und die Schweiz beziehen etwa 30 Prozent ihrer Importe aus der Bundesrepublik Deutschland. Mir ist bis zur Stunde nicht bekannt, daß Holland oder die Schweiz irgendwelche Maßnahmen getroffen hätten, um die D-Mark-Aufwertung abzufangen. Wir sind also in Österreich, Herr Kollege Skritek, etwas fortschrittlich, dank der Zusammenarbeit der Sozialpartner. Ich möchte das ausdrücklich festgestellt haben.

Und nun haben wir heute nachmittag im Finanz- und Budgetausschuß einen gemeinsamen Antrag der Frau Abgeordneten Firn-

berg, des Abgeordneten Mussil und des Kollegen Peter bezüglich der Bücher angenommen. Ich darf hier sagen, Herr Kollege Skritek: Sie haben zwar das Erstgeburtsrecht beansprucht, aber hier sitzen mindestens ebenso viele Abgeordnete, die seit Jahren die gleiche Forderung hinsichtlich der Bücher vertreten haben. Wir sollten uns beide gemeinsam freuen, daß es uns bei diesem nicht sehr angenehmen Anlaß gelungen ist, daß jeder bezüglich der Bücher einen Erfolg heimtragen kann. *(Zwischenrufe.)*

Ich habe mich aber in der Hauptsache deswegen zu Wort gemeldet, um unsere Stellungnahme dazu abzugeben, warum wir im Finanz- und Budgetausschuß dem Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Skritek nicht zustimmen konnten.

Zunächst einmal: Kollege Skritek, ich glaube, wir zwei sind einer Meinung, daß es niemals gelingen wird, auch nicht durch die kompliziertesten und noch so klug ausgedachten Gesetze, alle Preisregulierungen abzufangen. Das wird uns, glaube ich, nie gelingen. Darin dürften wir übereinstimmen.

Nun haben Sie gesagt, Ihr Antrag steht in unmittelbarem Zusammenhang mit 1432 der Beilagen, betreffend Novellierung des Umsatzsteuergesetzes. Darüber könnten wir jetzt streiten.

Vor einigen Jahren hatte ich als Vorsitzender des Finanz- und Budgetausschusses mit meinen eigenen Freunden eine sehr heftige Diskussion. Sie wollten bei einem bestimmten Kapitel einen Antrag unterbringen, von dem sie sagten, er stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gegenstand der Beratung. Ich habe dann erklärt: Ich bin nicht dieser Meinung, denn das gehört in einen anderen Ausschuß. So korrekt bin ich.

Die Frage der Preisregelung gehört in den Verfassungsausschuß. Ich hätte doch riskieren müssen, daß mir morgen oder übermorgen der Kollege Probst bittere Vorwürfe macht, daß ich im Finanzausschuß einen Antrag behandeln lasse, der ihm in seinem Verfassungsausschuß zukommt. Diesen Vorwurf hätte ich mir machen lassen müssen. Daher konnte ich mich aus Kompetenzgründen nicht dazu bereithalten, Ihren Antrag ... *(Abg. Skritek: Also nur aus Kompetenzgründen?)* Nein, nein. Herr Abgeordneter Skritek, ich sage noch einmal: Man kann darüber geteilter Meinung sein, ob er in unmittelbarem Zusammenhang mit dem dem Finanzausschuß zugewiesenen Punkt steht oder nicht. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich sage Ihnen: Nach meiner Meinung war er nicht in Zusammenhang zu bringen, sondern die Frage gehört in den Verfassungsausschuß, und dort ist sie zu besprechen.

13392

Nationalrat XI. GP. — 156. Sitzung — 19. November 1969

Machunze

Ich habe persönlich, weil ich Arbeitnehmer bin, viel Vertrauen in die Zusammenarbeit der Sozialpartner von hüten und drüben. Ich hoffe, daß es uns durch diese Zusammenarbeit, daß es uns in gemeinsamen Anstrengungen gelingen wird, die unangenehmen Folgen der Flut, die auf uns zukommt, die wir selber nicht ausgelöst haben, sondern die durch die D-Mark-Aufwertung ausgelöst wurde, weitgehend zu überwinden.

Wir werden daher der Vorlage zustimmen. Aber ich bitte noch einmal um Verständnis dafür: Weil ich dem Herrn Abgeordneten Probst in der Kompetenz nichts wegnehmen wollte, konnte ich mich nicht damit einverstanden erklären, daß wir den Antrag des Herrn Abgeordneten Skritek im Finanz- und Budgetausschuß behandeln. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Mussil hat es anders gesagt im Ausschuß!)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufwertung der Deutschen Mark hat die österreichische Wirtschaft ebenso wie jeden einzelnen Bürger dieses Landes vor eine äußerst schwierige Situation gestellt.

Als Bundeskanzler Klaus am 24. Oktober dieses Jahres die Einladung an die Obmänner der beiden Oppositionsparteien richtete, im Bundeskanzleramt an einem Gespräch über die Frage der Aufwertung oder Nichtaufwertung des Schilling und die sich aus der Aufwertung der Deutschen Mark ergebenden Konsequenzen entsprechende Überlegungen anzustellen, sind diese auf einer überaus sachlichen Ebene angestellt worden. Der Herr Bundeskanzler hat nicht verfehlt, die Mitverantwortung für die Nichtaufwertung des Schilling in der Form zu demonstrieren, daß neben den Sozialpartnern auch die Obmänner der Oppositionsparteien in dieser Sitzung mit Hilfe des Fernsehens der Öffentlichkeit präsentiert worden sind. Auch dafür haben wir als Freiheitliche noch Verständnis.

Kein Verständnis können wir dem Herrn Bundeskanzler und der Bundesregierung aber entgegenbringen, daß wir seit dem 24. Oktober von der Bundesregierung keine Informationen über die beabsichtigten und notwendigen flankierenden Maßnahmen erhalten haben.

Wir erachten es dennoch als verfrüht, heute vom Standpunkt der freiheitlichen Fraktion aus ein abschließendes Urteil über Wert und Qualität dieser flankierenden Maßnahmen zu fällen. Wir Freiheitlichen nehmen zur Kenntnis, daß mit der nunmehrigen Novellierung des Umsatzsteuergesetzes 1959

eine angesichts der Situation notwendige Maßnahme beschlossen wird und daß darüber hinaus im Verwaltungswege weitere dringend gebotene Maßnahmen zu ergreifen sind.

Wir richten aber neuerdings das dringende Ersuchen an den Herrn Bundeskanzler und an die Mitglieder der Bundesregierung, zu bedenken, daß die am 24. Oktober 1969 gemeinsam bekundete Haltung und Linie von der freiheitlichen Fraktion nur dann und unter der Voraussetzung beibehalten werden kann, wenn die Bundesregierung ihre Haltung in diesem Punkte ändert und künftig bereit ist, auch die freiheitliche Fraktion dieses Hohen Hauses über die notwendigen Maßnahmen zu informieren.

Wir Freiheitlichen können uns nicht mit dem begnügen, was heute an beabsichtigten Maßnahmen zur Hintanhaltung des Preisauftriebes im Finanzausschuß zutage getreten ist, nämlich die von der ÖVP dargelegte Linie, daß auf der Sozialpartnerebene die notwendigen Entscheidungen gefällt worden wären und daß der Sprecher der Österreichischen Volkspartei seiner Verwunderung Ausdruck verliehen hat, daß nunmehr ergänzende Anträge und abweichende Vorschläge dem Finanzausschuß zur Behandlung vorliegen würden. Es stellte sich im Verlauf der Beratungen heraus, daß gerade die Österreichische Volkspartei und nicht die SPÖ auf der Linie des Abänderns initiativ geworden ist. Es mutete heute in den Ausschlußberatungen geradezu merkwürdig an, daß sich die Österreichische Volkspartei im Sinne der Neuauflegung der großen Koalition viel koalitionsreifer als die Sozialistische Partei gegeben hat *(Abg. Dr. Pittermann: Sie tun uns immer unrecht, Herr Peter!)* und daß es dem Herrn Abgeordneten Pittermann vorbehalten war, in den Ausschlußberatungen die Vertreter der Österreichischen Volkspartei daran zu erinnern, daß für die Abgeordneten des Hohen Hauses nicht bindend und verpflichtend sein kann, was auf der Sozialpartnerebene zu dieser Materie abgesprochen und vereinbart worden ist.

Ich muß darüber hinaus der Bundesregierung den Vorwurf machen, daß sie in dem Zeitpunkt, in dem sie noch unmittelbare Informationsmöglichkeiten besessen hätte, von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht hat. Es ist heute in den Ausschlußberatungen bereits darauf eingegangen worden, daß die „Erläuternden Bemerkungen“ zu dieser wesentlichen Gesetzesnovellierung insgesamt sechs Zeilen ausmachen. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat Besserung gelobt und diesen Mißstand damit begründet, daß eben die Regierungsvorlage erst gestern verabschiedet

Peter

werden konnte, da die gesamte Entwicklung unter einem außerordentlichen Zeitdruck gestanden wäre. Wir Freiheitlichen begnügen uns heute mit dieser Erklärung des Herrn Bundesministers für Finanzen unter der Voraussetzung, daß in Hinkunft gerade von seinem Hause aus der dritten Fraktion des Parlaments eine andere Haltung gegenüber bekundet wird. Kein anderer als der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus hat in dem von Herrn Dr. Ritschel herausgegebenen Buch „Demokratiereform“ die Rechte und Aufgaben der parlamentarischen Opposition nachdrücklich unterstrichen, wenn er darin ausführte: „Die parlamentarische Opposition bildet einen Teil des Staatsorganes Parlament. Sie wirkt an der Normerzeugung wesensnotwendig mit. Die Opposition ist nicht auf die Kontrollfunktion allein beschränkt. Sie ist in diesem Sinne eigentlich weitaus mehr Partner denn Feind und Gegner.“ Und gerade, Herr Bundesminister für Finanzen, in staatspolitisch so bedeutungsvollen Belangen wie der Währung und der Stabilität der Währung dürfen wir doch guten Grundes annehmen, daß Sie künftig willens, bereit und in der Lage sind, dieser Empfehlung des Herrn Bundeskanzlers zu entsprechen.

Auf einen sehr wesentlichen Mangel der Novellierung des Umsatzsteuergesetzes 1959 muß ich namens der freiheitlichen Fraktion noch hinweisen. Er besteht darin, daß die Ausfuhrvergütung für Bücher nicht mehr 5,4 Prozent, sondern künftig nur mehr 3,4 Prozent beträgt, daß sie also auf diesen Prozentsatz gesenkt wurde. Und gerade diese flankierende Maßnahme, Herr Bundesminister für Finanzen, geht eindeutig zu Lasten der österreichischen Verleger, die ja in zweifacher Hinsicht die Zeche bezahlen müssen: in Form der erhöhten Konkurrenz auf Grund der Erleichterung des Importes deutscher Bücher auf der einen Seite und weil gleichzeitig das österreichische Verlagswesen seine Produkte unter erschwerten Bedingungen im Ausland absetzen muß. Wir bedauern, daß dieses Mißverhältnis noch nicht behoben ist und daß sich die Regierungspartei nicht bereit erklären konnte, einem Abänderungsantrag der freiheitlichen Fraktion die Zustimmung zu erteilen. (*Abg. Dr. Mussil: Kollege Peter, die Rückreihung der Exportvergütung erfolgt von 8,5 auf 5,78 Prozent!*) Bitte, dann ist die Ziffer, die ich verwendet habe, nicht richtig. Ich nehme die Berichtigung zur Kenntnis. Das Mißverhältnis bleibt aber ungefähr in gleichem Maße bestehen. Ich danke für die Richtigstellung, Herr Abgeordneter Mussil.

Wir geben darüber hinaus der Genugtuung Ausdruck, daß sich die Regierungsmehrheit

nun doch entschließen konnte, einen sicher entscheidenden Schritt zum Abbau der Diskriminierung des Buches in der Form zu setzen, daß die Umsatzsteuer für Bücher nunmehr auf 1,7 Prozent gesenkt wird. Auch ich will vom Standpunkt der freiheitlichen Fraktion aus angesichts der vorgerückten Stunde keinen Streit über das Urheberrecht dieses Vorschlages entfachen, nehme aber ebenso für uns Freiheitliche das Recht in Anspruch, daß wir uns für die steuerliche Besserstellung des Buches in den abgelaufenen Jahren ebenso vorbehaltlos eingesetzt haben, wie das die Vertreter der zwei anderen Fraktionen getan haben.

Auf Grund dieser Überlegungen stimmen wir Freiheitlichen der in Behandlung stehenden Regierungsvorlage zu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Hinsichtlich der Ziffer 2 des Gesetzentwurfes, mit der dem § 4 Abs. 1 Z. 1 eine neue lit. b angefügt wird, liegt ein Antrag auf getrennte Abstimmung vor. Ich werde diesem Antrag entsprechen.

Zu Artikel I Ziffer 1 liegt kein Abänderungsantrag vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Hinsichtlich der Ziffer 2 ist getrennte Abstimmung verlangt. Ich bitte jene Damen und Herren, die der Ziffer 2 in der Fassung der Regierungsvorlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Hinsichtlich der übrigen Teile des Gesetzentwurfes liegen keine Abänderungsanträge vor. Ich lasse hierüber unter einem abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesen restlichen Teilen des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

13394

Nationalrat XI. GP. — 156. Sitzung — 19. November 1969

Präsident

Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Mittwoch, den 26. November 1969, um 11 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1376 der Beilagen): 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1969 (1424 der Beilagen);

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1406 der Beilagen): 3. Budgetüberschreitungs-gesetz 1969 (1425 der Beilagen);

3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1377 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend Ver-äußerung von beweglichem Bundesvermögen (1426 der Beilagen);

4. Bericht des Finanz- und Budgetaus-schusses über die Regierungsvorlage (1407 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend die Teil-nahme am System von Sonderziehungsrechten im Internationalen Währungsfonds (1427 der Beilagen);

5. Bericht des Finanz- und Budgetaus-schusses über den Antrag (109/A) der Abge-ordneten Dr. Bassetti, Weikhart, Zeillinger und Genossen auf Abänderung des Bundes-gesetzes vom 3. Juni 1964, BGBl. Nr. 135, betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner, in der Fassung des Bundes-gesetzes BGBl. Nr. 224/1967 (1428 der Bei-lagen);

6. Bericht des Finanz- und Budgetaus-schusses über den Antrag (115/A) der Abge-ordneten Dipl.-Ing. Fink, Pansi, Meißl und Genossen, betreffend Tierversicherungsförde-rungsgesetz (1429 der Beilagen).

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr